

Von Claudia Bitzer. Die Berkheimer Brühlstraße ist eigentlich eine ruhige Anliegerstraße: hangabwärts eingeschossige Einfamilienhäuser bis zur Wiesenkante, hangaufwärts haben die Gebäude ein Stockwerk mehr. Vor etwa 20 Jahren haben Waltraud und Dieter Zottmann am westlichen Ende der Sackgasse, die sich ab ihrem Grundstück zu einem asphaltierten Feldweg verengt, ein Haus gekauft. Mit freiem Blick hinunter ins Tal und – wie sie glaubten – einer unverbaubaren Aussicht. Denn in der Wiese gegenüber „war nie ein Baufenster“, so Dieter Zottmann. Und auf der Grünfläche daneben war irgendwann einmal ein Kindergarten geplant. Ein eingeschossiger wohlgemerkt. „Das war auch der Grund, warum wir hierhergezogen sind“, sagen Tina und Jörg Schmied, die ein paar Häuser weiter wohnen. „Wir haben ja schließlich Kinder.“

Stinksauer auf die Stadt

Doch jetzt sind die Anwohner und Nachbarn der Brühlstraße stinksauer auf die Stadt. Genauso wie die Anlieger des Rohrackerwegs am Rand des gemischten Gewerbegebiets ein paar Straßenzüge hangaufwärts. Grund: Die Stadt plant, der Stiftung Hoffnungsträger Grundstücke für drei Hoffnungshäuser zu überlassen – dreigeschossig wohlgemerkt. Zwei sollen an der Brühlstraße aus dem Boden wachsen, eines am Ende des Rohrackerwegs. In diesen Häusern sollen Flüchtlinge und einheimische Familien und/oder Studenten unter einem Dach leben, betreut von einer Fachkraft. So hatte die Stadt jedenfalls im April vor der Presse für ihr gemeinsames Projekt mit der Stiftung Hoffnungsträger und dem CVJM geworben, das sie in Berkheim und St. Bernhardt realisieren will. Seinerzeit war von insgesamt 170 Menschen die Rede, die an diesen Standorten untergebracht werden sollen, darunter maximal 120 Flüchtlinge. Denn die Stadt sieht sich in der sogenannten Anschlussunterbringung gewaltig unter Druck. Bis Ende des Jahres muss sie 550 anerkannten Flüchtlingen oder Menschen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, aber die nach zwei Jahren die vorläufige Unterkunft verlassen müssen, ein Dach über dem Kopf verschafft haben. Und die Module der hölzernen Hoffnungshäuser lassen eine sehr geringe Bauzeit zu.

Keine Antwort aus dem Rathaus

Das alles hatten die Berkheimer Anwohner und ihr Bürgerausschuss nur aus der Zeitung erfahren. Daraufhin bemühten sie sich um mehr Informationen. Doch nach wie vor wissen sie nicht, wie viele Menschen in der Brühlstraße und am Rohrackerweg untergebracht werden sollen. Und so kursieren die unterschiedlichsten Zahlen. Anfangs war von 120 die Rede. „So viele werden es nicht“, betont Sozialbürgermeister Markus Raab jetzt gegenüber unserer Zeitung. Genaueres will er aber erst in der Informationsveranstaltung sagen, die die Stadt für die kommende Woche anberaumt hat.

Die Zurückhaltung ist zwar verständlich – immerhin beschreiten derzeit mehrere Anwohner in Berkheim den Gerichtsweg. Doch sie beruhigt nicht gerade die Gemüter. Zumal sich die Anwohner die Pläne besorgt und für die Brühlstraße festgestellt haben, dass dort kaum Familienwohnungen, sondern vor allem Einzelzimmer für ein bis zwei Personen auftauchen. Kaum Informationen für die Betroffenen aus dem Rathaus, dafür ein rüder Umgangston – diese Klagen ziehen sich wie ein roter Faden durch die vergangenen Wochen: Die Anwohner hatten einen Protestbrief mit 32 Unterschriften ans Rathaus geschickt – keine Antwort, erzählt Gabriele Bayer. Es gab auf Drängen des Bürgerausschusses eine erste Gesprächsrunde mit Sozialbürgermeister Markus Raab – beide Seiten beschreiben sie als extrem unbefriedigend. Der Bürgerausschuss hat eine geharnischte Pressemitteilung abgesetzt – auch die wird nicht viel helfen. Die erste offizielle Inforunde ist wie gesagt erst in der kommenden Woche. Doch

die Baugesuche sind durch, in den nächsten zwei Monaten kann es laut Baubürgermeister Willfried Wallbrecht mit dem Bau losgehen. „Wie soll Integration da gelingen, wenn die Anwohner jetzt schon voller Hass sind?“, fragt sich nicht nur Günter Kostolnik aus dem Rohrackerweg.

Das Baurechtsamt sei extrem unsensibel mit den Menschen vor Ort umgegangen, kritisiert auch Aglaia Handler, kommissarische Vorsitzende des Bürgerausschusses und am Rohrackerweg selbst betroffene Anliegerin. Schließlich setze das Konzept ja auf die Integration der Flüchtlinge durch die Nachbarschaft – doch der habe das Rathaus mit seiner miserablen Informationspolitik einen Bärenienst erwiesen.

Kontraproduktiv für Integration

Handler: „Die Stadt hat das in den anderen Stadtteilen mit ihren frühzeitigen Informationsrunden zu den Gemeinschaftsunterkünften hervorragend gemacht. Warum nicht auch hier? Wenn das Konzept der Hoffnungshäuser so toll ist, warum geht man dann nicht in die Offensive? Es war uns ja klar, dass gebaut wird. Im Dezember war noch von zwei Anschlussunterkünften im Rohrackerweg und der Brühlstraße für insgesamt 63 Personen die Rede. Das wäre auch keinerlei Problem für die Anwohner gewesen“, sagt sie, die sich selbst in der Flüchtlingsarbeit engagieren will. Wie sie denken viele Anlieger. Es gibt aber auch Stimmen, die von einer „Ghettoisierung“ reden. Im Kern sehen sich die meisten um ihr Recht betrogen und im Schnellverfahren vor vollendete Tatsachen gestellt. „Mir hat man damals noch die Farbe der Dachziegel vorgeschrieben“, erinnert sich Dieter Böhm. Und nun würden Baufenster aufgetan, wo nie welche gewesen seien, „heimlich Riesenbauwerke in eine Kleinsiedlung“ verfrachtet, wie es Gerhard Allmendinger formuliert, und Baugrenzen ignoriert. Und Zottmanns haben Sorge, wie sie mit einem Gebäudeabstand von 9,5 Meter des Neubaus zu ihrem Haus abzüglich zweier neuer Längsparkplätze davor noch in ihre Garagen kommen sollen.

Baubürgermeister Wallbrecht verweist auf das Ende 2014 geänderte Baugesetzbuch, das nicht nur Sonderregelungen für die Flüchtlingsunterbringung formuliert, sondern auch Ausnahmen und Befreiungen vom Bebauungsplan zulässt, „wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit, einschließlich des Bedarfs zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden die Befreiung erfordern“. Für die Anwohner ist das bitter: „Es kann nicht sein, dass die Stadt jegliche Verträge ignoriert, nur weil es um Flüchtlinge geht“, hat Waltraud Zottmann einen bitterbösen Brief an OB Zieger geschrieben.

„Wir sind in einer Notsituation. Die Anschlussunterbringung ist eine massive Herausforderung für die Kommunen“, so Wallbrecht. Man habe im Dezember alle städtischen Grundstücke zusammengekratzt, auf denen man schnell bauen könne. „Ich hatte da keine große Auswahl.“ In der Rotenackerstraße in St. Bernhardt gebe es mit dem Hoffnungshaus auch gar kein Problem. Berkheims Bürgerausschussvorsitzende Handler: „Da ist die Lage ja auch viel unproblematischer.“ „Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand“, weiß Wallbrecht. Dennoch ist er zuversichtlich, dass das Vorgehen der Stadt auch vor Justitia Bestand hat. „Aber es ist gut, dass das – gerade vor dem Hintergrund der neuen Rechtslage – geklärt wird.“ Das Schweigen des Baurechtsamts gegenüber den Anliegern begründet er nicht zuletzt mit dem schwebenden Verfahren. Und mit der Überlastung seiner Mitarbeiter.

Infoveranstaltung zu den Hoffnungshäusern

Die Stadt informiert am Dienstag, 13. September, 19 Uhr, über die Hoffnungshäuser in Berkheim. Veranstaltungsort ist der Kleine Saal der Osterfeldhalle. Bauherrin der Häuser ist die Leonberger Stiftung Hoffnungsträger, die ihr Konzept zur Integration vorstellen wird. Die Gebäude in Modulbauweise sind mit Gruppen- und Individualräumen ausgestattet. Die

Stadtverwaltung stellt ihr Integrationskonzept vor, das die soziale Betreuung der Geflüchteten sicherstellt. Neben dem integrativen Wohnen von Flüchtlingen und Einheimischen sieht das Konzept unter anderem auch Angebote zur Sprachförderung, Ausbildung und Beschäftigung vor. Auch in Berkheim soll ein breites Netzwerk mit Ehrenamtlichen aufgebaut werden. Der CVJM wird in den Hoffnungshäusern eine sozialpädagogische Kraft einstellen und mit ansässigen Familien, die in den Häusern gemeinsam mit den geflüchteten Menschen wohnen, das Zusammenleben fördern.